

Landeshauptstadt Magdeburg
Johannes Rink
Stadtrat der CDU-Ratsfraktion

Persönliche Erklärung

Zu TOP 8.1: A0213/06 – Zeitweiliger Ausschuss zur Überprüfung der Mitglieder des Stadtrates auf Mitarbeit beim ehemaligen MfS

41(IV)2006. Stadtratssitzung am 7. Dezember 2006

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe diese, wie auch die vorherigen Überprüfungen auf eine eventuelle Stasi-Mitarbeit nie als Verdacht empfunden, sondern als vertrauensbildende Maßnahme.

Das sagte Frau Birthler, die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, das ist auch meine Meinung und ich glaube auch, die Meinung aller Demokraten, die sich freiwillig durch die Behörde überprüfen lassen.

Leider war die Überprüfung der Stadträtinnen und Stadträte hier im Stadtrat eine Farce, da sich nicht alle Fraktionen überprüfen ließen. Warum sich nicht alle Stadträtinnen und Stadträte überprüfen lassen haben, weiß ich nicht. Vermutungen darüber anzustellen und daraus seine persönlichen Schlussfolgerungen zu ziehen, stehen jedem frei von uns.

Sie die Mitglieder der PDS-Fraktion, haben durch ihre Weigerung dem Ansehen des Stadtrates keinen guten Dienst erwiesen. Auch im Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes heißt es im § 20 unter der Nummer 6: „Überprüfungen der folgenden Personen nach Maßgabe der dafür geltenden Vorschriften und mit ihrer Kenntnis zur Feststellung, ob sie hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst tätig waren.“

Absatz b schreibt vor: „Abgeordnete, Angehörige kommunaler Vertreterkörperschaften sowie kommunale Wahlbeamte.“

Es ist ein Akt der politischen Hygiene, auch vor den Wählern, sich überprüfen zu lassen um zu beweisen, dass sie nicht in die undemokratischen Menschenverachtenden Machenschaften der Stasi eingebunden waren.